

PRESSEMAPPE

Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt in den neuen Bundesländern sowie Berlin im Jahr 2013

Hintergrundmaterial zum Pressegespräch am 10. April über die gemeinsame Statistik 2013 der Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

Donnerstag, 10 April 2014, 11 Uhr, Amadeu-Antonio-Stiftung, Linienstr. 139, 10115 Berlin

Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt:

Berlin:	ReachOut, www.reachoutberlin.de
Brandenburg:	Opferperspektive, www.opferperspektive.de
Sachsen:	Opferberatung RAA Sachsen, www.raa-sachsen.de
Sachsen-Anhalt:	Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt, www.mobile-opferberatung.de Beratungsstelle für Opfer rechter Straf- und Gewalttaten Region Anhalt, Bitterfeld, Wittenberg, www.opferberatung-dessau.de
Mecklenburg-Vorpommern:	LOBBI, www.lobbi-mv.de
Thüringen:	ezra, www.ezra.de

Inhaltsverzeichnis

- 1) Einladung zum Pressegespräch
- 2) Pressemitteilung
- 3) Zusammenfassung der Statistik 2013
- 4) Forderungen zur Verbesserung der Situation der Betroffenen
- 5) Empfehlungspapier zur Verstetigung der bundesweiten Demokratieförderung der Bundesarbeitsgemeinschaft für Demokratieentwicklung (BAGD)
- 6) Kurzvorstellungen der Projekte
 - a) Berlin
 - b) Sachsen
 - c) Brandenburg
 - d) Mecklenburg-Vorpommern
 - e) Thüringen
 - f) Sachsen-Anhalt

Beratungsstellen für Betroffene
rechter, rassistischer und
antisemitischer Gewalt



Einladung zum Pressegespräch

Seit 2001 recherchieren, dokumentieren und analysieren die ostdeutschen Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt Angriffe und massive Bedrohungen in den neuen Bundesländern sowie Berlin.

Bereits in den letzten Wochen haben einige Projekte teilweise auf einen erheblichen Anstieg rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in ihren Bundesländern aufmerksam gemacht. In dem Pressegespräch werden wir unsere gemeinsame Statistik für das vergangene Jahr 2013 sowie unsere Analyse zur Situation Betroffener rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt vorstellen. Bei dem Gespräch werden Vertreter_innen aller Projekte anwesend sein und für Ihre Fragen zur Verfügung stehen.

**Am Donnerstag, 10. April 2014, um 11 Uhr
in den Räumen der
Amadeu-Antonio-Stiftung, Linienstr. 139, 10115 Berlin**

Es moderiert: Alice Lanzke
Mitarbeiterin der Amadeu-Antonio-Stiftung und
Redaktionsmitglied bei www.netz-gegen-nazis.de

Für Nachfragen stehen Ihnen gerne zur Verfügung:
Robert Kusche, Opferberatung RAA Sachsen, Tel.: 0351/5002567
Sabine Seyb, ReachOut Berlin, Tel.: 030/69568339

Für Nachfragen zur Situation in den jeweiligen Bundesländern und weitere Informationen können Sie sich darüber hinaus direkt an die Projekte wenden:

- Berlin: ReachOut, www.reachoutberlin.de
- Brandenburg: Opferperspektive, www.opferperspektive.de/
- Sachsen: Opferberatung RAA Sachsen, www.raa-sachsen.de/
- Sachsen-Anhalt: Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt, [www.mobile-opferberatung.de](http://www.mobile-opferberatung.de;);
Beratungsstelle für Opfer rechter Straf- und Gewalttaten Region Anhalt, Bitterfeld, Wittenberg,
www.opferberatung-dessau.de
- Mecklenburg-Vorpommern: LOBBI, www.lobbi-mv.de
- Thüringen: ezra, www.ezra.de



Pressemitteilung

Sperrfrist: Donnerstag 10. April, 12:00

737 Fälle politisch rechts motivierter Gewalt in Ostdeutschland und Berlin. Beratungsstellen veröffentlichen ihre gemeinsame Statistik für 2013. Anstieg der Gewaltta- ten insbesondere der rassistischen ist Besorgnis erregend

Berlin, 10. April, 2014

Nach einem Rückgang im Jahr 2012 stieg die Anzahl rechter, rassistischer und antisemitischer Straftaten im vergangenen Jahr in den neuen Bundesländern und Berlin wieder deutlich an. 2013 wurden insgesamt 737 politisch rechts motivierte Angriffe mit mindestens 1086 direkt Betroffenen dokumentiert. Dies sind rund 18 Prozent mehr Angriffe, als die Beratungsstellen für das Jahr 2012 (626 Angriffe) dokumentiert hatten. Statistisch gesehen ereignen sich in Ostdeutschland etwa zwei rechte Angriffe pro Tag.

Mit 223 Fällen wurden die meisten rechten und rassistischen Gewalttaten in Sachsen gezählt. Es folgen Berlin (185), Sachsen-Anhalt (116), Brandenburg (85), Mecklenburg-Vorpommern (83) und Thüringen (45). Pro 100.000 Einwohner_innen ereigneten sich in Sachsen, Berlin, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern jeweils mehr als fünf Angriffe. Nur in Thüringen (2) und Brandenburg (3,4) sind die Angriffszahlen geringer.

Dimension rechter Gewalt

Mehrheitlich wurde durch die unabhängigen Beratungsstellen ein Anstieg der Angriffe beobachtet. Nur in Brandenburg und Thüringen sind die Zahlen leicht rückläufig. Andere Bundesländer hingegen verzeichneten traurige Rekorde. Das Berliner Beratungsprojekt ReachOut berichtet von den höchsten Angriffszahlen seit ihrer Gründung (Anstieg um 33 %). Einen Anstieg müssen auch die Länder Sachsen (Anstieg um 43 %) und Mecklenburg-Vorpommern (Anstieg um 40 %) feststellen. In Mecklenburg-Vorpommern wurden nach sinkenden Fallzahlen 2012, wieder ähnlich viele Fälle registriert wie in den Jahren zuvor. Sachsen-Anhalt hat einen leichten Anstieg um 10 % zu verzeichnen.

„Wir gehen davon aus, dass unsere kontinuierlichen Recherchen und Dokumentationen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt erheblich dazu beitragen, das Dunkelfeld zu erhellen.“ So Robert Kusche, ein Sprecher der Opferberatungsstellen „Aber auch die teilweise offen rassistisch geführten Diskussionen um Asyl in Deutschland schaffen den Nährboden für rassistische Ideologien und führen in ihrer Konsequenz zu rechten Gewalttaten“.

In 64 % der Fälle handelt es sich um Körperverletzungen und bei 27 % um massive Bedrohungen, versuchte Körperverletzungen sowie Nötigungen. Bei sieben Angriffen handelte es sich um schwere Körperverletzungen oder versuchte Tötungsdelikte.

Ein Beispiel: Am 21.09.2013 wurde ein 34-jähriger Imbissbetreiber türkischer Herkunft beim Abschließen seines Geschäfts im Bahnhof unvermittelt aus einer Gruppe Neonazis rassistisch beschimpft und von mehreren Angreifern brutal mit Fäusten, Tritten und Flaschen attackiert. Vergeblich versucht seine Freundin, dazwischen zu gehen und muss mit ansehen, wie die Unbekannten weiter auf den 34-Jährigen eintreten, als er bereits schwer verletzt am Boden liegt. Der Betroffene muss mit lebensgefährlichen Verletzungen notoperiert und danach in ein künstliches Koma versetzt werden.

„Trotz der Aussagen der Betroffenen und Zeug_innen konnte oder wollte die Staatsanwaltschaft kein rassistisches Motiv erkennen. Dies verdeutlicht ein zentrales Problem im Umgang mit Betroffenen rechter Gewalt“ so Robert Kusche. Er kritisiert außerdem: „Auch in Berlin wurde wieder

Beratungsstellen für Betroffene
rechter, rassistischer und
antisemitischer Gewalt



eine rassistische Tat bekannt, bei dem die Betroffenen am Tatort von der Polizei zunächst so behandelt wurden als seien sie die Täter.“

Menschen werden am häufigsten aus rassistischen Gründen angegriffen

Besorgnis erregend ist der hohe Anstieg rassistischer Gewalttaten um mehr als 20 % (2013: 344; 2012: 276; 2011: 226). Fast die Hälfte aller von den ostdeutschen Beratungsprojekten und in Berlin dokumentierten Angriffe waren rassistisch motiviert (2013: 47 %; 2012: 44 %; 2011: 32 %).

Nicht-rechte und alternative Personen (18 %; 134 Angriffe) sowie Menschen, die von den Tätern_innen als politische Gegner_innen angesehen werden (19 %; 140 Angriffe), gehören zu der zweitgrößten Betroffenenengruppe rechter Gewalt. Bei 57 Gewalttaten war Homophobie (8 %), in 17 Fällen Antisemitismus und in 11 Fällen Sozialdarwinismus das zentrale Tatmotiv. Zudem registrierten die Beratungsstellen acht Angriffe gegen Menschen mit einer Behinderung.

Insgesamt stellen die Beratungsstellen fest:

Die Debatten um die NSU-Morde sowie die jahrelange Dokumentation durch die Beratungsprojekte haben dazu beigetragen, dass das Dunkelfeld rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt kleiner wird. Dennoch wird das gesellschaftliche Klima beispielsweise gegen Flüchtlinge oder Andersdenkende zunehmend rauer.

Die Angebote der unabhängigen Opferberatungsstrukturen leisten einen unverzichtbaren Beitrag, damit die Empfehlung des Bundestagsuntersuchungsausschusses zum NSU tatsächlich im Sinne der Betroffenen umgesetzt werden können. Darum müssen im Interesse der Betroffenen endlich in allen Bundesländern flächendeckend finanziell abgesicherte Beratungsstrukturen aufgebaut werden.

Für Nachfragen stehen Ihnen gerne zur Verfügung:

Robert Kusche, Opferberatung RAA Sachsen, Tel.: 0351/5002567

Sabine Seyb, ReachOut Berlin, Tel.: 030/69568339

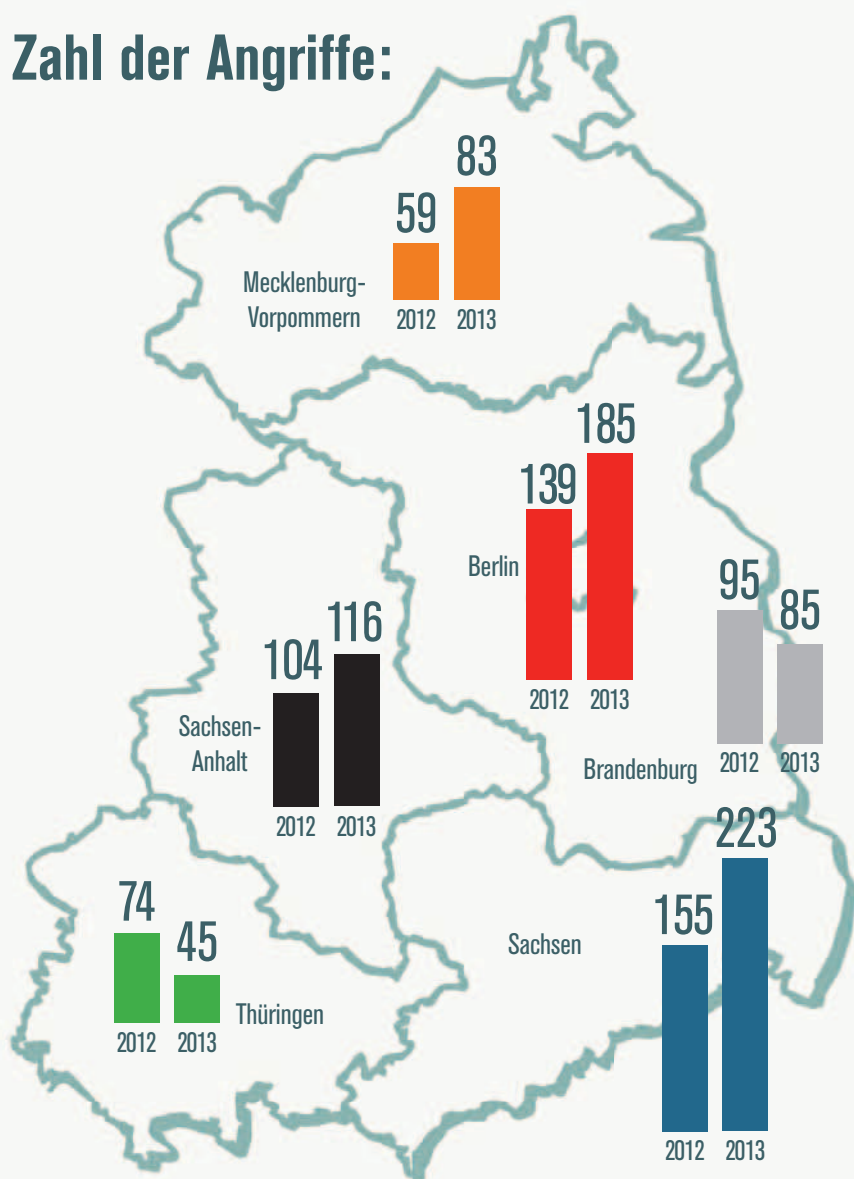
Für Nachfragen zur Situation in den jeweiligen Bundesländern und weitere Informationen können Sie sich darüber hinaus direkt an die Projekte wenden:

- Berlin: ReachOut, www.reachoutberlin.de
- Brandenburg: Opferperspektive, www.opferperspektive.de/
- Sachsen: Opferberatung RAA Sachsen, www.raa-sachsen.de/
- Sachsen-Anhalt: Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt, www.mobile-opferberatung.de/; Beratungsstelle für Opfer rechter Straf- und Gewalttaten Region Anhalt, Bitterfeld, Wittenberg, www.opferberatung-dessau.de
- Mecklenburg-Vorpommern: LOBBI, www.lobbi-mv.de
- Thüringen: ezra, www.ezra.de

RECHTE UND RASSISTISCHE GEWALT 2013

– Monitoring der ostdeutschen Beratungsstellen und Berlin –

Zahl der Angriffe:



Gesamtüberblick Zahl der Angriffe:



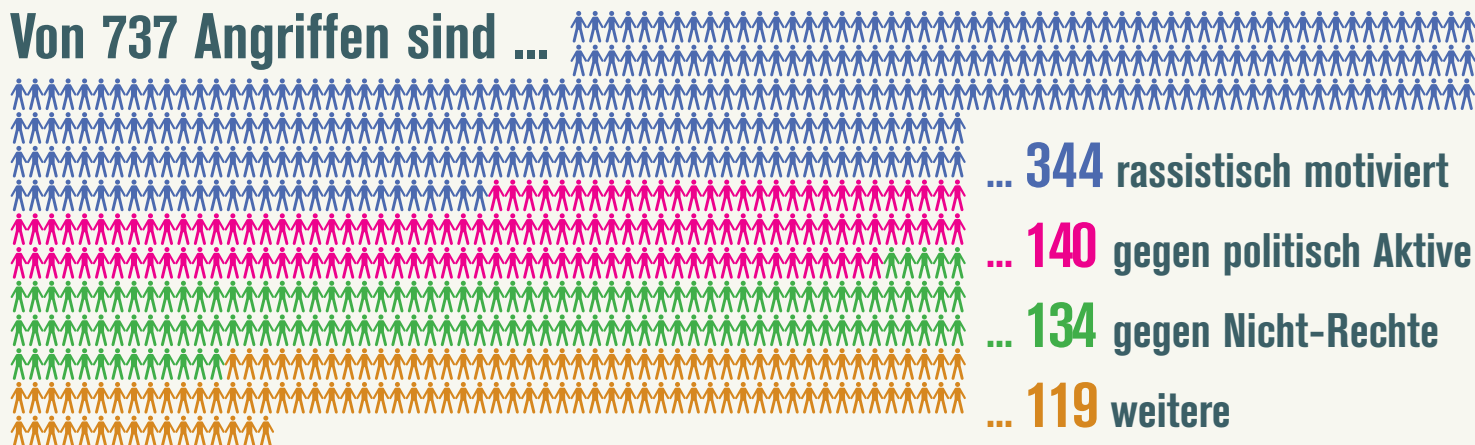
Delikte:

- Körperverletzung/schwere Körperverletzung/versuchte Tötung: 65%
- Massive Bedrohung/Nötigung/versuchte Körperverletzung: 27%
- weitere: 8%

Inhaltliche Einschätzung:

- Statistisch gesehen ereignen sich in Ostdeutschland etwa zwei rechte Angriffe pro Tag
- Erneut hoher Anstieg rassistischer Gewalt (+20%)
- Kontinuierliches Monitoring trägt dazu bei, das Dunkelfeld zu verringern und das Ausmaß rechter und rassistischer Gewalt aufzuzeigen

Von 737 Angriffen sind ...



Die Beratungsstellen
für Betroffene rechter,
rassistischer und
antisemitischer Gewalt
der ostdeutschen
Bundesländer und
Berlin fordern:

- Die Anerkennung von institutionellem Rassismus als Ursache dafür, dass die Mordserie des NSU nicht frühzeitig gestoppt und Menschenleben gerettet werden konnten.
- Die Verpflichtung der Ermittlungsbehörden, bei Gewalttaten gegen Angehörige der typischen Opfergruppen von Neonazis und rassistischen Gelegenheitstäter_innen ein politisches Tatmotiv aktiv auszuschließen.
- Ein dauerhaftes Bleiberecht für alle Opfer rassistischer Gewalt..
- Die Einrichtung einer dauerhaften Enquetekommission gegen Rassismus unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteur_innen und der Perspektive der Betroffenen, mit der Zielsetzung, umfangreiche Empfehlungen für die Ermittlungsbehörden zu erarbeiten, die einem institutionellen Rassismus entgegenwirken.
- Die Anerkennung aller Todesopfer rechter Gewalt durch die Bundesregierung, wie sie in der Liste der „Zeit“ und des „Tagesspiegels“ regelmäßig dokumentiert werden.
- Die Arbeit von Opferberatungen, Mobilen Beratungsteams und anderen Projekten, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus engagieren, muss anerkannt, ausgebaut und die Finanzierung langfristig gesetzlich abgesichert werden.
- Als eine Konsequenz aus den Erkenntnissen des parlamentarischen NSU-Untersuchungsausschusses fordern wir die Einrichtung eines unabhängigen Gremiums zur Überwachung und Kontrolle der Arbeit der Ermittlungsbehörden. Dieses Kontrollgremium muss ausgestattet sein mit allen erforderlichen Befugnissen.

Empfehlungspapier zur Verstetigung der bundesweiten Demokratieförderung

von
Bundesarbeitsgemeinschaft für Demokratie
Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche + Rechtesextremismus

1. Einleitung

Seit 1990 sind mindestens 153 Todesopfer rechter und rassistischer Gewalt in Deutschland zu beklagen. Diese sowie die Aufdeckung des NSU-Terrors machen die tödliche Dimension von Rechtsextremismus und Rassismus sichtbar und stellen die Präventionsarchitektur sowie die demokratische Gesellschaft vor große Herausforderungen. Die Einstellungsforschung von Heitmeyer und Brähler-Decker sowie die Erkenntnisse des Antisemitismusberichts des Bundes und des "Nationalen Aktionsplans zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz" machen deutlich: Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und anderen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) muss weiterhin professionell, aber nachhaltig entgegengetreten werden. Dies setzt eine kontinuierliche Förderung voraus. Das folgende Papier stellt ein Konzept vor, welches das dauerhafte Engagement des Bundes in den kommenden Jahren konturiert – ohne die Länder und Kommunen aus ihrer Verantwortung zu entlassen.

2. Handlungsspielräume für ein dauerhaftes Bundesengagement:

"Eine langfristige, dauerhafte Finanzierung der Arbeit gegen Neonazismus und für Demokratieförderung auf Bundesebene ist verfassungsrechtlich möglich." Zu diesem Schluss kommt ein Gutachten, das die Staatsrechtler Prof. Dr. Dr. h.c. Ulrich Battis (HU Berlin) und Prof. Dr. Klaus Joachim Grigoleit (TU Dortmund) im Auftrag von Initiativen gegen Rechtsextremismus, Verbänden und Gewerkschaften erstellt haben und das im März 2013 veröffentlicht wurde.¹ Die Förderung der Initiativen gegen Rechtsextremismus unterliege dem Gutachten zufolge "staatlicher, insbesondere aber gesamtgesellschaftlicher Verantwortung". Das Gutachten widerspricht damit der bisherigen Auffassung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen, und Jugend (BMFSFJ), wonach die seit Jahren erfolgreiche Beratungs- und Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus nur einmalig bzw. lediglich zeitlich befristet gefördert werden könne. Möglich wäre laut den Gutachtern ein klar gesetzlich abgegrenzter Auftrag des Deutschen Bundestages (Gesetz), der die Förderung der Vielfalt der zivilgesellschaftlichen Arbeitsansätze verstetigt. Die Neufassung der Bundesförderung mit dem Ziel, Demokratieentwicklung gegen rechtsextreme Einstellungen, Rassismus und andere Formen von GMF zu stärken, muss dabei auch berücksichtigen, dass auch die Bundesländer Verantwortung für die Stärkung und Förderung der demokratischen Kultur tragen.

¹ „Rechtliche Möglichkeiten zur Verstetigung der finanziellen Mittel zur Demokratieförderung und Bekämpfung des Neonazismus“, abrufbar unter <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/gutachten.pdf>.

3. Bundesförderung zur Demokratieentwicklung ab 2014

3.1. Was wird gefördert?

Das Novum des Konzepts einer Verstärkung der bundesweiten Demokratieförderung ist:

- Die Förderung des Bundes erfolgt auf Grundlage eines Gesetzes
- Der Bund fördert im Rahmen der bundesweiten Demokratieentwicklung einerseits Themenfelder und andererseits Strukturen (Ergebnisse vorangegangener Förderperioden) unter dem Leitziel der Demokratieentwicklung gegen rechtsextreme Einstellungen sowie Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und andere Formen der GMF.

3.1.1. Förderung von Themen

Im Gesetz werden folgende grundlegende Themenfelder als inhaltliche Schwerpunkte der dauerhaften Förderung benannt (**Sockelthemen**):

- Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus;
- Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus;
- Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus als Grundlage für eine Bearbeitung des aktuellen Rechtsextremismus;
- Aufarbeitung und Dokumentation von rassistisch motivierten Übergriffen;
- Entwicklung von partizipativen Bildungskonzepten zur Demokratiebildung;
- Untersuchung von Ansätzen menschenrechts- und beteiligungsorientierter Kommunen;
- Forschungsimpulse und wissenschaftliche Begleitung der Projekte und Strukturen im Themenfeld;

Themenentwicklung, -erweiterung und -überprüfung

Im Zuge der verstärkten Förderung auf gesetzlicher Grundlage werden in einem Gremium (Kuratorium oder Beirat) auf einer regelmäßig stattfindenden Konferenz mit bundesweit agierenden zivilgesellschaftlichen Akteuren und Vertreter_innen des Bundes und der Länder die **Sockelthemen** überprüft, konkretisiert und gegebenenfalls erweitert. In dem Gremium können Forschungsthemen und Schwerpunkte wissenschaftlicher Begleitung festgelegt werden.

3.1.2. Förderung von Struktur:

In den vergangenen 13 Jahren haben sich die spezifischen Ansätze 'Mobile Beratung' und 'Opferberatung' für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus und die kontinuierliche Ausbildung von Multiplikator/innen als hochwirksam erwiesen. Die Strukturen, die sich in Ostdeutschland bewährt haben, sollten auch in den westdeutschen Bundesländern eingerichtet oder aber weiterentwickelt werden.

Der Bund fördert deshalb folgende Strukturen dauerhaft:

- Mobile Beratung und Opferberatung;
- Strukturen, die Multiplikator/innen spezifisch und zielgruppengenau sensibilisieren und thematisch ausbilden;
- Organisationen und Initiativen, die präventive Aufklärungs-, Sensibilisierungs- und Bildungsarbeit machen;
- nichtstaatliche Beratungsangebote für Ausstiegswillige;
- regionale Netzbüros zur Beratung von Initiativen im Arbeitsfeld;
- lokale Aktionspläne zur Förderung von lokalen Strategien der Zivilgesellschaft;
- bundesweites unabhängiges Monitoring rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalttaten;

- Initiativfonds für spezielle ad hoc-Initiativen vor Ort zur Unterstützung von Interventionen im Zusammenhang mit regionalen Strukturen und Netzwerken;

3.2. Wer kann Antragsteller sein?

Antragsteller können gemeinnützige Träger sein, die zu den oben genannten Themenkomplexen arbeiten oder aber einer der oben aufgezählten Strukturen zuzurechnen sind. Entscheidend für die Qualität der Arbeit ist die Unabhängigkeit von staatlichen Strukturen. Kommunen können daher nur im Rahmen der Förderung von Lokalen Aktionsplänen Antragsteller sein.

3.3. Wie wird gefördert – Gesetz, Gremium, Zeithorizont und Gesamtbudget

Durch die gesetzliche Bestimmung des Zieles und des Inhalts der Bundesförderung legt der Deutsche Bundestag die inhaltliche und strukturelle Programmgestaltung fest. Das Gesetz sichert die langfristige Förderung eines zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Formen der GMF und stärkt die demokratische Kultur des Landes nachhaltig.

Ein Gremium – bestehend aus Vertreter_innen aus Wissenschaft und Bundespolitik, Mitarbeiter_innen von einschlägigen zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie Vertreter_innen der Bundesländer – bereitet die konkrete Umsetzung des Gesetzes vor und entwickelt die Inhalte gegebenenfalls weiter.

3.3.1. Das Gremium hat folgende Aufgaben:

- Umsetzung der im Gesetz festgelegten Förderprioritäten auch durch die Etablierung von nachhaltigen Förderstrukturen;
- Organisation von regelmäßigen Themenkonferenzen mit Zivilgesellschaft und Vertreter_innen der Bundesländer zur Überprüfung und gegebenenfalls Fortentwicklung der Sockelthemen;
- Beteiligung der Zivilgesellschaft an der inhaltlichen und strukturellen Weiterentwicklung der Förderstruktur und den Förderrichtlinien;
- Evaluation und wissenschaftliche Begleitung zur Qualitätssicherung und zum Ergebnistransfer.

3.3.2. Zeithorizont für Gesetz und Förderung

Förderrahmen für Themen und Strukturen: 7 jähriger Förderhorizont im Minimum in Anlehnung an Fördermodelle aus dem Bereich der Wissenschaftsförderung, der Gesundheitsförderung oder der Grundabsicherung von Großorganisationen.

Das Gesetz sollte spätestens 2015 in Kraft treten.

3.3.3. Gesamtbudget:

Gesamtfinanzausstattung mindestens 50 Mio. €



Tel.: 030/69 56 8339

Fax.: 030/69 56 8346

info@reachoutberlin.de

www.reachoutberlin.de

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Pressemitteilung

Die höchsten Angriffszahlen in Berlin seit der Gründung von ReachOut

ReachOut, die Berliner Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, verzeichnet 185 Angriffe für das Jahr 2013. Soviele Angriffe hat ReachOut seit der Projektgründung 2001 noch nie dokumentieren müssen. Rassismus steht als Tatmotiv weiterhin im Vordergrund. 288 Menschen wurden verletzt und bedroht.

Berlin, im März 2014

Insgesamt erfasst ReachOut 185 Angriffe für das Jahr 2013 (2012: 139). Dabei wurden 288 (2012: 234) Menschen verletzt, gejagt und massiv bedroht. Rassismus bleibt das häufigste Tatmotiv (2013: 87, 2012: 68). Angestiegen ist die homo- und transphobe Gewalt (2013: 44; 2012: 30) und die Angriffe gegen politischen Gegner_innen (2013: 27; 2012: 15).

Zum Beispiel:

Am 23. November wird ein 22-jähriger Tourist, der um 6.10 Uhr mit zwei Freunden in der U-Bahn U5 Richtung Hönow unterwegs ist, von einem unbekannten Mann rassistisch beleidigt, ins Gesicht geschlagen und verletzt.

Am 4. Mai gegen 16.00 Uhr werden ein 30-jähriger Vater und ein 48-jähriger Zeuge von einem 24-jährigen Radfahrer rassistisch beleidigt und mit einem Messer verletzt. Kinder, die auf dem Gehweg in der Kameruner Straße im Bezirk Wedding spielen, werden von dem Radfahrer beinahe angefahren. Obwohl der Radfahrer telefonisch bei der Polizei ankündigt „den Scheiss-Neger abzustechen“, behandelt die Polizei vor Ort die Opfer als seien sie die Angreifer.

Sabine Seyb, Mitarbeiterin von ReachOut, weist angesichts der hohen Angriffszahlen auf Folgendes hin: "Wir gehen davon aus, dass unser kontinuierliches Monitoring rechter, rassistischer und antisemitischer Angriffe erheblich dazu beiträgt, das Dunkelfeld zu erhellen. Aber auch die Ermittlungsbehörden schauen offenbar genauer hin, wenn es um die Einordnung "politisch rechts motivierter" Straftaten geht. Dennoch bleibt leider zu kritisieren, dass die Polizei, vor allem wenn sie zum Tatort gerufen wird, im Umgang mit den Opfern wenig sensibel ist. Das zeigt einmal mehr das beschriebene Beispiel. Deswegen ist es dringend erforderlich, dass die EU-Richtlinien zum Opferschutz in Deutschland nicht nur schnell umgesetzt, sondern tatsächlich konsequent angewandt werden. Dazu zählt das seit vielen Jahren von uns geforderte Recht der Opfer auf Schutz und Information."

In Hellerdorf fanden 16 (2012: 1) und somit stadtweit die meisten Angriffe statt. Ein Großteil davon muss im Zusammenhang mit den rassistischen Protesten gegen das Flüchtlingswohnheim gesehen werden. Auch die Unterstützer_innen der Geflüchteten wurden gejagt, permanent bedroht, von Neonazis beobachtet, fotografiert und angegriffen.

So werden am 26. August nachmittags Aktivist_innen der Mahnwache, die sich in Sichtweite der Unterkunft in der Carola-Neher-Straße befindet, von einem bekannten Neonazi und weiteren Personen bedroht. Andere Aktivist_innen werden durch das Wohngebiet verfolgt. Erst als die Polizei den Neonazi kontrolliert, zerstreuen sich die Angreifer. Es wird Anzeige wegen Bedrohung erstattet.

Es folgen Kreuzberg mit 15 und Friedrichshain mit 14 Gewalttaten. In Lichtenberg und Schöneberg fanden jeweils 13 Angriffe statt.

ReachOut ist ein Projekt von ARIBA e.V. Spenden sind steuerlich absetzbar
Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft,
Spenden-Konto-Nr.: 3244801, BLZ: 100 205 00



Tel.: 030/69 56 8339

Fax.: 030/69 56 8346

info@reachoutberlin.de

www.reachoutberlin.de

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Der größte Teil der Angriffe fand in aller Öffentlichkeit statt: 121 Gewalttaten (2012: 69) wurden auf Straßen, Plätzen und an Haltestellen und 42 (2012: 34) in öffentlichen Verkehrsmitteln und Bahnhöfen verübt.

Für Rückfragen und weitere Informationen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Sabine Seyb

Tel.: 030-695 68 339

Deutlicher Anstieg rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt 223 Angriffe im Jahr 2013 in Sachsen

Nach einem stetigen Rückgang in den vergangenen Jahren stieg die Zahl rechtsmotivierter Angriffe 2013 erstmalig wieder deutlich an (2012: 155). Mindestens jeden zweiten Tag ereignete sich nach Zählung der Beratungsstellen für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt des RAA Sachsen e.V. ein Angriff im Freistaat. 319 Menschen waren davon direkt betroffen. In die Statistik fließen ausschließlich Gewaltdelikte ein.

Zu diesem Anstieg erklärt Andrea Hübler:

„Vor allem in den Städten Leipzig (58), Chemnitz (18) und Dresden (33) nahmen die rechtsmotivierten und rassistischen Angriffe im Vergleich zum Vorjahr wieder stark zu, auch in den Landkreisen Nordsachsen (21) und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (17). Mit 32 gezählten Angriffen verzeichneten wir im Erzgebirgskreis den massivsten Zuwachs (2012: 3). Durch intensive Netzwerkarbeit konnten wir hier unseren Zugang zu Betroffenen verbessern und so das Dunkelfeld rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt in der Region erhellen. Der Großteil dieser Fälle ist nicht bei der Polizei angezeigt. Sachsenweit hingegen wird nur in ca. 25 % der Fälle keine Anzeige erstattet.“

Das zweite Jahr in Folge wurde die größte Anzahl der Angriffe aus rassistischen Motiven begangen (85). Vor allem im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, sowie in den Städten Leipzig, Chemnitz und Dresden überwiegen die Angriffe mit rassistischem Tatmotiv.

„Diesen Zuwachs sehen wir durchaus in Zusammenhang mit der oft vorurteilsbeladenen und teilweise offen rassistisch geführten Debatte über Asylsuchende. Abwertung und Ausgrenzung sind der Nährboden für rassistische Gewalt“, sagt Andrea Hübler. „Zumeist von der NPD initiierte Facebook- und Bürgerinitiativen starteten Unterschriftensammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen gegen die Unterbringung von Geflüchteten, so in Dresden, Leipzig, Chemnitz, Plauen, Freiberg, Rötha und gleich vier Mal in Schneeberg mit bis zu 1500 Teilnehmenden. Am Rande dieser Demonstrationen wurden Journalisten attackiert. In Borna wurde an Silvester zu 2014 eine Unterkunft mit Leuchtraketen und Sprengkörpern angegriffen, ebenso wie die Unterkunft in Kamenz im Januar 2013. Auch in Gröditz und Langburkersdorf kam es zu Versuchen Unterkünfte zu beschädigen oder gar Bewohner_innen anzugreifen.“

Die Angriffe richteten sich im Weiteren gegen nicht-rechte oder Alternative (71), gegen politisch gegen rechts Aktive (29). Homophobie war in 11 Fällen das Motiv. Vier Angriffe richteten sich gegen sozial Benachteiligte, drei Gewalttaten wurden aus antisemitischen Motiven verübt und in einem Fall war der Angriff gegen Menschen mit Einschränkungen gerichtet. Am häufigsten handelt es sich bei rechtsmotivierten und rassistischen Angriffen um Körperverletzungen (144), gefolgt von Nötigungen/Bedrohungen/versuchten Körperverletzungen (71).

Im Jahr 2013 konnten wir sachsenweit 205 Personen beratend und unterstützend zur Seite stehen, Robert Kusche, Geschäftsführer des Bereichs Opferberatung des RAA Sachsen e.V.:

Wir müssen die Perspektive der Betroffenen ernst nehmen und dafür Sorge tragen, dass die Empfehlungen des NSU Bundestagsuntersuchungsausschuss zügig Realität werden.“

Die Opferberatung des RAA Sachsen e.V. unterstützt in Sachsen seit 2005 Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt bei der Bewältigung der Tatfolgen und dokumentiert darüber hinaus diese Angriffe.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Robert Kusche, 0351 5002567, robert.kusche@raa-sachsen.de
www.raa-sachsen.de

Opferperspektive

Die Opferperspektive ist ein gemeinnütziger Verein mit Sitz in Potsdam, der sich für Opfer rechter Gewalt und für Betroffene von rassistischer Diskriminierung in Brandenburg einsetzt.

Im Jahr 1998 nahm die Opferperspektive als bundesweit erste Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt die Arbeit auf. Für seine Pionierarbeit wurde der Verein im Jahr 2000 mit der Carl von Ossietzky-Medaille der Internationalen Liga für Menschenrechte und 2003 mit dem Preis »Aktiv für Toleranz und Demokratie« ausgezeichnet.

Seit 2009 gibt es unter dem Dach des Vereins auch eine Beratungsstelle für Betroffene von rassistischer Diskriminierung.

Organisation

Rechtsform: eingetragener Verein
Gründungsjahr: 1998

Kontakt

Opferperspektive e.V.
R.-Breitscheid-Str. 164
14482 Potsdam
0331 – 817 00 00
info@opferperspektive.de
www.opferperspektive.de

Projekte

- Beratung von Opfern rechter Gewalt
- Beratung von Betroffenen rassistischer Diskriminierung
- Ausstellung „Opfer rechter Gewalt seit 1990“

Wirkungsregionen

Brandenburg, bundesweit

MitarbeiterInnen

Hauptamtliche	9
Honorarkräfte	3
Vereinsmitglieder	22

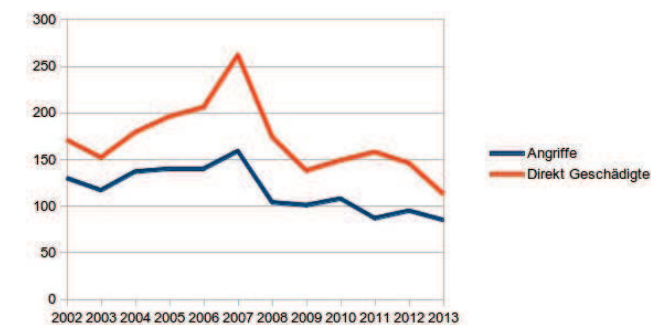
Finanzierungsquellen

- Tolerantes Brandenburg
- Büro der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg
- Spenden, Bußgelder, Mitgliedsbeiträge

Monitoring

Die Opferperspektive recherchiert und erfasst systematisch Fälle rechter Gewalttaten im Land Brandenburg. Sie veröffentlicht fortlaufend eine Chronologie rechter Gewalttaten sowie Statistiken und

Analysen über die Entwicklung rechter Gewalt.



Rechte Angriffe und Geschädigte 2002 bis 2013

Politische Intervention durch Monitoring und Öffentlichkeitsarbeit

Neben der solidarischen Begleitung zielt die Arbeit der Opferperspektive darauf ab, die Perspektive der Betroffenen sichtbar zu machen und als einen zentralen Bestandteil in der gesellschaftlichen Debatte über Rassismus und Rechtsextremismus zu verankern.

Mit dem Monitoring, der Öffentlichkeitsarbeit und lokalen Interventionen soll außerdem zur Ächtung von Rechtsextremismus und rechter Gewalt beigetragen und gesellschaftliche Solidarisierungsprozesse mit den Opfern angeregt werden.

Webseite: »Todesopfer rechter Gewalt in Brandenburg«

Mit der Webseite soll ein Beitrag zur Aufarbeitung rechter Gewalt seit 1990 geleistet werden. Die Anerkennung des Ausmaßes rechter Gewalt und das Gedenken an die Opfer ist eine wesentliche Voraussetzung, um dem neonazistischen Gedankengut entgegenzuwirken. Brandenburg ist das Bundesland mit den meisten tödlich endenden Gewaltverbrechen, die aus rechter Gesinnung, rassistischen Vorurteilen oder anderen Formen menschenverachtenden Hasses begangen wurden. Die Opferperspektive geht von 28 Fällen als gesichert und weiteren 4 Verdachtsfällen aus. Die Landesregierung hat bisher neun dieser Tötungsverbrechen als Todesopfer rechter Gewalt offiziell anerkannt.

www.todesopfer-rechter-gewalt-in-brandenburg.de

Ausstellung

Die Wanderausstellung »Opfer rechter Gewalt seit 1990« ist ein Projekt von Rebecca Forner und der Opferperspektive e.V. in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Ausstellung porträtiert 169 Menschen, die seit 1990 durch rechte Gewalt zu Tode kamen. Einige Fälle bewegten die Öffentlichkeit, viele wurden kaum zur Kenntnis genommen, die meisten Opfer wurden vergessen. Die Ausstellung ruft diese Menschen in Erinnerung. Zur Ausstellung hat die Opferperspektive ein pädagogisches Begleitprogramm entwickelt, das sich insbesondere für Schulklassen eignet.

www.opfer-rechter-gewalt.de

Beratung für Opfer rechter Gewalt

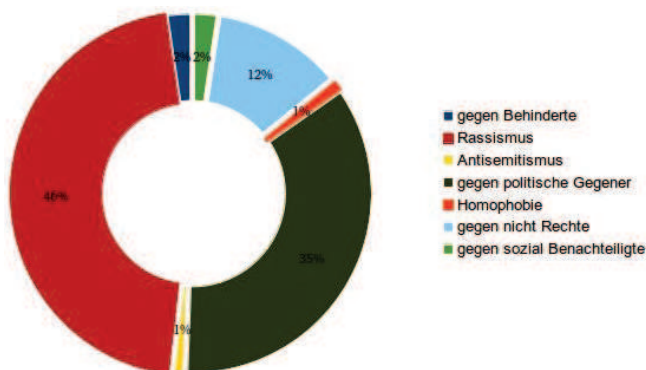
Der Verein bietet Menschen, die Opfer rechter Gewalt wurden, ihren Angehörigen und FreundInnen sowie ZeugInnen brandenburgweit eine aufsuchende Beratung an, mit dem Ziel, bei der Bewältigung der Tatfolgen zu begleiten und zu unterstützen. Die Opferperspektive arbeitet proaktiv. Nach Bekanntwerden einer Gewalttat wird den Betroffenen, wenn möglich, ein Beratungsangebot gemacht. Auch wenn eine Gewalttat bereits einige Zeit zurückliegt, kann in einem Beratungsgespräch geklärt werden, welche Schritte noch sinnvoll und möglich sind.

Die Beratung der Opferperspektive ist

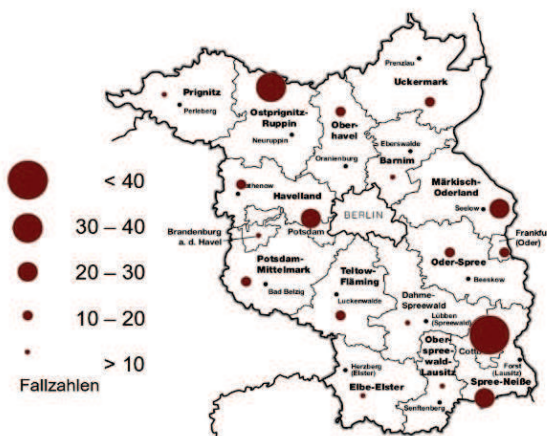
- parteilich
- kostenlos
- aufsuchend (die KlientInnen bestimmen den Ort für Beratungsgespräche)
- mehrsprachig – ggf. werden DolmetscherInnen von der Opferperspektive gestellt
- vertraulich
- unabhängig von staatlichen Behörden. Die Beratung ist nicht an eine Strafanzeige geknüpft.

Die Opferperspektive orientiert sich an den Bedürfnissen und Wünschen der Beratungssuchenden. Zum Angebot gehören:

- psychosoziale Beratung
- Vermittlung weiterführender Hilfsangebote
- Beratung zur Anzeigenstellung
- Begleitung zur Polizei, zu Behörden und ÄrztInnen
- Vermittlung von AnwältInnen für die Nebenklagevertretung
- Begleitung in gerichtlichen Verfahren
- Klärung der Entschädigungsansprüche und Antragsberatung
- Öffentlichkeitsarbeit und Kontakt zu Medien
- Aktivierung von lokalen Unterstützungspotenzialen.
- Kontaktvermittlung zu UnterstützerInnen vor Ort.



Tatmotivationen 2013



Schwerpunktregionen rechter Gewalt in Brandenburg (2012)

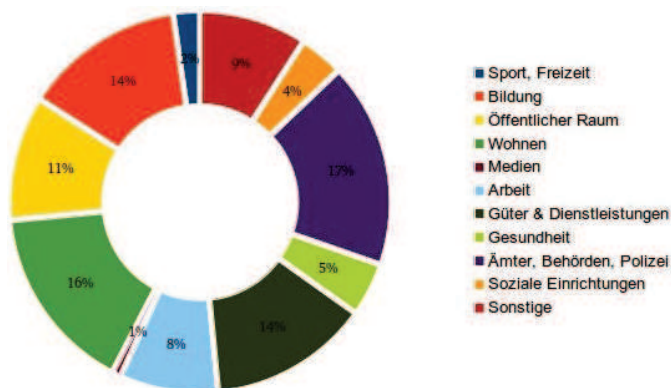
www.opferperspektive.de

Antidiskriminierungsberatung

Seit September 2009 berät die Opferperspektive auch Betroffene von rassistischer Diskriminierung. Als Pilotprojekt in Zusammenarbeit mit dem Büro der Landes-Integrationsbeauftragten entstanden, ist die »Antidiskriminierungsberatung Brandenburg« im Verein Opferperspektive für das ganze Bundesland zuständig. Die Betroffenen wenden sich an die Beratungsstelle, die Beratung selbst ist aufsuchend, das heißt die BeraterInnen kommen zum gewünschten Ort. Im Beratungsgespräch wird geklärt, welche Schritte möglich und welche sinnvoll sind, um sich gegen die Ungleichbehandlung zu wehren. Der von den KlientInnen gewählte Weg wird auf deren Wunsch hin fachkundig weiter begleitet.

Die Antidiskriminierungsberatung ist

- kostenlos
- aufsuchend
- mehrsprachig
- unabhängig von staatlichen Behörden.



Diskriminierungsbereiche 2009 bis 2013

www.antidiskriminierungsberatung-brandenburg.de



Landesweite Opferberatung
Beistand und Information
für Betroffene rechter Gewalt
in Mecklenburg-Vorpommern

LOBBI.ost
Tilly-Schanzen-Straße 2
17033 Neubrandenburg
Telefon: 0395-4550718
Fax: 0395-4550720
E-Mail: ost@lobbi-mv.de

LOBBI.west
Hermannstraße 35
18055 Rostock
Telefon: 0381-2009377
Fax: 0381-2009378
E-Mail: west@lobbi-mv.de

LOBBI – Beratungsstelle für Betroffene von rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern

Die MitarbeiterInnen der LOBBI e.V. beraten Menschen, die Opfer von rechter, rassistischer, antisemitischer, sozialchauvinistischer oder heterosexistischer Gewalt oder Bedrohung geworden sind. Während in Politik, Medien und Sozialarbeit vor allem über die Situation der TäterInnen gesprochen wird, geraten die Betroffenen häufig aus dem Blickfeld.

Der Verein LOBBI unterstützt parteiisch die Betroffenen rechter Gewalt, sensibilisiert die Öffentlichkeit für die Opferperspektive und thematisiert den gesellschaftlichen Kontext der Angriffe. So soll ein wirksamer Beitrag für ein gesellschaftliches Klima der Anerkennung und Gleichberechtigung geleistet werden, in dem rechten, rassistischen und antisemitischen Diskriminierungen entgegengetreten wird.

Die LOBBI wurde 2001 gegründet. Derzeit arbeiten fünf hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dem Verein - unterstützt von Ehrenamtlichen. Die MitarbeiterInnen der LOBBI verfügen über verschiedene fachliche Qualifikationen. So befinden sich im Team SozialpädagogInnen, KommunikationswissenschaftlerInnen, ErziehungswissenschaftlerInnen und PsychologInnen. Mit zahlreichen Weiterbildungen zu Themen wie psychosozialer und systemischer Beratung, Enschädigungsleistungen, rechtlichen Aspekten in der Opferberatung und Öffentlichkeitsarbeit haben sie sich über ihre jeweiligen Hochschulabschlüsse hinaus fundierte Kenntnisse erarbeitet, die für eine qualifizierte Beratung Betroffener rechter Gewalt notwendig sind.

Beraten

Die LOBBI berät nach rechten Angriffen die Betroffenen, Angehörige oder ZeugInnen. Unter Angriffen verstehen wir Morde, (versuchte) Körperverletzungen, schwerwiegende Bedrohungen und zielgerichtete Sachbeschädigungen. Das Angebot ist freiwillig, parteilich, unentgeltlich, unbürokratisch und auf Wunsch anonym. Eine Anzeige bei der Polizei ist keine Bedingung.

Informieren

Die LOBBI stärkt die Wahrnehmung der Opferperspektiven in der Öffentlichkeit. Wir recherchieren und dokumentieren rechte Gewalttaten und Diskriminierungen in Mecklenburg-Vorpommern. Die Informationen aus der täglichen landesweiten Medienrecherche stellt der Verein auch anderen Interessierten zur Verfügung. In Vorträgen, Seminaren, mit Ausstellungen und anderen Veranstaltungen werden Informationen zur Situation der Betroffenen und zu rechten Aktivitäten und Denkmustern vermittelt.

Stärken

Neben der individuellen Hilfe nach einem Angriff, informiert der Verein potentielle Betroffenengruppen über ihre Rechte und Möglichkeiten. Wir unterstützen Bemühungen zur Selbstorganisation und Emanzipation der Zielgruppen rechter Gewalt. Die LOBBI reagiert bei besorgniserregenden lokalen und regionalen Entwicklungen. Gruppen oder Einzelpersonen, die selbst Betroffene rechter Gewalt unterstützen wollen, können sich an die beiden Regionalbüros wenden. Der Stärkung von Initiativen, die sich gegen Rechts engagieren und Alternativen bieten, misst die LOBBI eine elementare präventive Bedeutung bei. Sie beteiligt sich daher an der Unterstützung zivilgesellschaftlicher Bündnisse und fördert deren Einbindung in bestehende oder neue Netzwerke.

ezra – mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt



Allgemeines:

- der Name der Einrichtung mit Sitz in Neudietendorf lautet „ezra“ – das hebräische Wort für Hilfe bzw. Beistand
- die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM) ist seit 2011 Trägerin des Projekts
- das Team besteht aus vier Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen (auf 3,25 Stellen); Projektkoordinator ist Jürgen Wollmann,
- finanziert wird das Projekt aus Bundesmitteln (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) und aus Landesmitteln (Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit) jeweils zu ca. 50%. Der Träger bezuschusst das Projekt mit ca. 10 Tausend € im Jahr

Arbeitsschwerpunkte von ezra:

- Hilfe für Betroffene von physischer Gewalt sowie bei Delikten wie Bedrohung, Nötigung und personenbezogener Sachbeschädigung
- Angriffe werden recherchiert und dokumentiert
- die Beratungsarbeit ist dem Prinzip der Opferperspektive verpflichtet, aufsuchend und kostenlos
- auch Angehörige von Betroffenen sowie Zeugen werden beraten und begleitet
- Solidarisierungsprozesse mit den Opfern sollen angeregt sowie gesellschaftliche Prozesse gefördert werden, um rechtsextreme Straf- und Gewalttaten öffentlich zu machen und zu verhindern
- Informationsveranstaltungen sollen über die psychosoziale und rechtliche Situation von Betroffenen rechtsmotivierter Gewalt in Thüringen aufklären
- Hilfsfonds für unbürokratische und schnelle Hilfe

Konkrete Hilfsangebote:

- Psychosoziale Beratung
- Begleitung zu Terminen bei Polizei, Anwälten und Gerichten
- Vermittlung von Anwälten und therapeutischer Behandlung
- Hilfe beim Beantragen von finanzieller Unterstützung und Heilbehandlungen
- unbürokratische Weitergabe von Mitteln aus dem Hilfsfonds

Kontakt:

- für Betroffene gibt es eine Hotline (Tel. **036202-77 13 510**)
- außerdem können Angriffe/Vorfälle über ein Kontaktformular im Internet (www.ezra.de) oder per E-Mail (**info@ezra.de**) gemeldet werden
- Adresse: Drei-Gleichen-Str. 35 a in 99192 Neudietendorf

Weitere Informationen im Internet: www.ezra.de

Bei Rückfragen: Jürgen Wollmann, 036202-7713510 oder 0173-9256510



Platanenstr. 9, 06114 Halle (Saale), Tel.: 03 45 / 2 26 71 00, Fax: 03 45 / 2 26 71 01
www.mobile-opferberatung.de

Halle (Saale), den 12. März 2014

Mobile Opferberatung zieht Jahresbilanz 2013 Rechte Gewalt steigt um mehr als zehn Prozent Erneute Zunahme rassistisch motivierter Gewalt

116 politisch rechts motivierte Gewalttaten mit 151 direkt Betroffenen hat die Mobile Opferberatung in Kooperation mit der Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalttaten Region Anhalt/Bitterfeld/Wittenberg für das Jahr 2013 in Sachsen-Anhalt dokumentiert. Damit ereignet sich statistisch gesehen mindestens alle drei Tage eine politisch rechts motivierte Gewalttat in Sachsen-Anhalt. Die Mobile Opferberatung hat im Vergleich zum Vorjahr für 2013 einen Anstieg von über 10 Prozent registriert.

Daneben ist wie in den vorangegangenen Jahren von einer hohen Dunkelziffer bislang noch nicht bekannter rechter Gewalttaten auszugehen. So hatte das Projekt bis Ende Februar 2013 104 politisch rechts motivierte Angriffe für das Jahr 2012 registriert. Mittlerweile ist diese Zahl durch Nachmeldungen auf 118 Gewalttaten angestiegen. Darauf verweist auch der Anteil an nicht zur Anzeige gebrachten politisch rechts motivierten und von der Mobilen Opferberatung dokumentierten Angriffe, der in 2013 wie in den Vorjahren bei knapp 20 Prozent lag.

Zwei Drittel der Fälle sind rassistisch motiviert

Der Anteil rassistischer Angriffe lag in 2013 bei rund zwei Dritteln (73) und hat sich nach dem massiven Anstieg in 2012 somit erneut erhöht (2012: 57 Prozent; 68). „Die Tatsache, dass fast zwei Drittel der von uns registrierten Gewalttaten rassistisch motiviert waren, ist absolut alarmierend“, sagt eine Sprecherin der Mobilen Opferberatung. Eine Ursache hierfür sieht die Mobile Opferberatung in der Häufung rassistischer Diskurse und bundesweiter Mobilisierungen gegen Flüchtlinge und Migrant_innen. Rassistische Gewalttäter fühlen sich durch derartige Diskurse legitimiert. Umso wichtiger sind deutliche Zeichen der Solidarität mit Rassismusbetroffenen, wie zuletzt bei einer Demonstration gegen Rassismus in Merseburg nach einer Häufung von Angriffen auf Flüchtlinge und Migrant_innen.

„Um rassistische Gewalt zu bekämpfen ist es aber auch zwingend notwendig, dass Polizei und Justiz Rassismus als Tatmotiv erkennen und entsprechend berücksichtigen“, so eine Sprecherin der Mobilen Opferberatung. Die Sprecherin verweist auf die fatale Signalwirkung, wenn offenkundige rassistische Hintergründe und Tatmotive ausgeblendet werden, wie beispielsweise bei dem lebensgefährlichen Angriff einer Gruppe Neonazis auf einen türkischen Imbissbetreiber und seine Partnerin Ende September 2013 in Bernburg durch die Anklage der Staatsanwaltschaft Magdeburg.

Neben Rassismusbetroffenen gehörten nichtrechte Jugendliche und junge Erwachsene (2013: 16 %; 2012: 28 %) und politisch Aktive (2013: 16 %; 2012: 11 %) auch in 2013 zu den Hauptbetroffenen rechter Gewalt. Antisemitismus war bei drei Angriffen zentrales Tatmotiv. In zwei Fällen richtete sich die Gewalt gegen Menschen aufgrund ihrer sozialen Benachteiligung, in einem Fall richtete sich die Gewalt gegen einen Menschen mit einer

körperlichen Einschränkung.

Straftatbestände und Schwerpunktregionen

Bei 86 Prozent der dokumentierten Fälle handelt es sich um Körperverletzungsdelikte (100). Darunter ist ein versuchtes Tötungsdelikt. Daneben wurden eine Brandstiftung, dreizehn Nötigungen bzw. Bedrohungen sowie zwei Sachbeschädigungen aufgrund der jeweils gravierenden Folgen für die Betroffenen in die Statistik aufgenommen.

Die meisten politisch rechts motivierten Angriffe in 2013 wurden für die Landeshauptstadt Magdeburg dokumentiert (25; 2012: 11). An zweiter und dritter Stelle liegen die Stadt Halle (Saale) (16, 2012: 15) und das Jerichower Land (11, 2012: 8). Dahinter folgen der Burgenlandkreis sowie der Landkreis Wittenberg mit jeweils neun (2012: 13 bzw. 6) sowie der Saalekreis und der Landkreis Stendal mit jeweils acht Angriffen (2012: 12 bzw. 5)

Eine fortlaufende Chronologie politisch rechts und rassistisch motivierter Angriffe und die Statistik aufgeschlüsselt nach Landkreisen/ kreisfreien Städten, Straftatbestand und Tatmotivation finden Sie auf www.mobile-opferberatung.de/monitoring/. Für weitere Informationen erreichen Sie uns unter Tel. 03 45 / 2 26 71 00 oder mobil unter 01 75 / 1 62 27 12.

Beratungsstellen für Betroffene
rechter, rassistischer und
antisemitischer Gewalt



Einladung zum Pressegespräch

Seit 2001 recherchieren, dokumentieren und analysieren die ostdeutschen Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt Angriffe und massive Bedrohungen in den neuen Bundesländern sowie Berlin.

Bereits in den letzten Wochen haben einige Projekte teilweise auf einen erheblichen Anstieg rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in ihren Bundesländern aufmerksam gemacht. In dem Pressegespräch werden wir unsere gemeinsame Statistik für das vergangene Jahr 2013 sowie unsere Analyse zur Situation Betroffener rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt vorstellen. Bei dem Gespräch werden Vertreter_innen aller Projekte anwesend sein und für Ihre Fragen zur Verfügung stehen.

**Am Donnerstag, 10. April 2014, um 11 Uhr
in den Räumen der
Amadeu-Antonio-Stiftung, Linienstr. 139, 10115 Berlin**

Es moderiert: Alice Lanzke
Mitarbeiterin der Amadeu-Antonio-Stiftung und
Redaktionsmitglied bei www.netz-gegen-nazis.de

Für Nachfragen stehen Ihnen gerne zur Verfügung:
Robert Kusche, Opferberatung RAA Sachsen, Tel.: 0351/5002567
Sabine Seyb, ReachOut Berlin, Tel.: 030/69568339

Für Nachfragen zur Situation in den jeweiligen Bundesländern und weitere Informationen können Sie sich darüber hinaus direkt an die Projekte wenden:

- Berlin: ReachOut, www.reachoutberlin.de
- Brandenburg: Opferperspektive, www.opferperspektive.de/
- Sachsen: Opferberatung RAA Sachsen, www.raa-sachsen.de/
- Sachsen-Anhalt: Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt, [www.mobile-opferberatung.de](http://www.mobile-opferberatung.de;);
Beratungsstelle für Opfer rechter Straf- und Gewalttaten Region Anhalt, Bitterfeld, Wittenberg,
www.opferberatung-dessau.de
- Mecklenburg-Vorpommern: LOBBI, www.lobbi-mv.de
- Thüringen: ezra, www.ezra.de